

## Vereinigtes Königreich\*

HELEN WALLACE

1985 wuchs Großbritannien aus den Kinderschuhen heraus zu einem engagierten Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Nach zwölf Jahren des Zögerns, der Zwiespältigkeit und nicht selten der tiefen Verärgerung über die Auswirkungen der Gemeinschaftspolitiken auf das Vereinigte Königreich haben nun sowohl die Regierung wie auch die breitere politische Öffentlichkeit die EG als eine ‚normale‘ politische Dimension akzeptiert. Erstmals seit dem Beitritt gab es in diesem Jahr keine größeren Auseinandersetzungen zwischen der britischen Regierung und ihren Partnern in der Gemeinschaft. Stattdessen widmeten sich britische Minister und Beamte den Dossiers, die dem Ministerrat vorgelegt werden, und waren auch bereit, über die mittel- und langfristigen Perspektiven der Gemeinschaft nachzudenken.

Dies alles sollte jedoch nicht zu der Annahme verleiten, daß die Briten jetzt mit Enthusiasmus für die Europäische Integration eintreten, oder daß sie das Tempo der Zusammenarbeit forcieren wollen. Britische Politiker sind der Europäischen Union gegenüber skeptisch geblieben. So haben sie einige Gemeinschaftspolitiken nur widerwillig unterstützt und sperren sich nach wie vor gegen eine volle Beteiligung Großbritanniens am Europäischen Währungssystem. Außerdem widersetzen sie sich instinktiv Vorschlägen zu neuen Gesetzesinitiativen der Gemeinschaft, wenn nicht Punkt für Punkt überzeugend belegt werden konnte, daß die fraglichen Vorschläge wesentlichen Nutzen erbringen würden. Aber es gab keine grundsätzlichen Konfrontationen mehr über sensitive Bereiche, so wie zuvor etwa über den Gemeinschaftshaushalt. Britische Politiker ließen sich bereitwilliger von den Verdiensten von Gemeinschaftsaktionen überzeugen und demonstrierten ihre Fähigkeit, in Gemeinschaftsverhandlungen wirkungsvoll aufzutreten.

Andere EG-Mitgliedstaaten mögen diese Nuancen als geringfügig einschätzen, haben die britischen Unterhändler doch ihre energische Verteidigung britischer Interessen, wo sie ihnen wichtig erschienen, fortgesetzt. Auch wird ‚Europa‘ im allgemeinen Sprachgebrauch immer noch als ein anderer Ort bezeichnet. Aber der Wandel hinsichtlich der britischen innenpolitischen Debatte war beträchtlich und scheint eine Europa zugewandte Tendenz im britischen Denken anzuzeigen. In den Auseinandersetzungen Ende 1985 über den Verkauf

---

\* Übersetzung aus dem Englischen von Sabine Pag, Institut für Europäische Politik, Bonn.

des Westlandkonzerns und von Teilen British Leylands wurde überraschend deutlich, daß viele Politiker über Parteigrenzen hinweg und ebenso die öffentliche Meinung eher für eine Übernahme durch europäische als durch amerikanische Firmen plädierten. Ebenso zeigte natürlich die Unterstützung einiger Stellen für amerikanische Industriepartner die fortbestehende Anziehungskraft der atlantischen Ausrichtung.

#### *Die Bestandteile des Wandels*

Was waren nun die Schlüsselemente, die zu diesem Meinungswandel geführt hatten? Ein Teil der Antwort ist banal und ergibt sich aus der Gewöhnung britischer Akteure an das Arbeiten innerhalb des Rahmens europäischer Politik. Schließlich stellt sich die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Partnern im dreizehnten Jahr der EG-Mitgliedschaft naturgegeben und weniger bedrohlich dar. In den Gründerstaaten wurde immer anerkannt, daß EG-Maßnahmen nicht übermäßig Zwang auferlegen und Anpassungen zugänglich sein sollten. Britische Unterhändler, Geschäftsleute und Finanziere sind mittlerweile viel geschickter im Verhandeln, gewandter im Umgang mit Gemeinschaftsgesetzgebung und einfallsreicher in der Suche nach Gelegenheiten, das EG-Konglomerat auszunutzen. Dies bedeutete natürlich nicht eine hohe ‚Erfolgsquote‘ auf allen Linien, aber diese Faktoren halfen den Briten, sich vertrauter zu fühlen und sich gemäß den bestehenden Kooperationsmustern und Arbeitsmethoden der EG zu verhalten.

Eine ganz andere Ursache der Veränderung liegt in dem verstärkten Bewußtsein, daß andere Politikoptionen und Bündnisse nicht mehr so überzeugend wirken. Fortdauernde und sentimentale Zuneigung zu der alten Atlantikausrichtung oder zum Commonwealth haben in der innenpolitischen Diskussion an Gewicht verloren. Auch nationale Alleingänge werden realistischer eingeschätzt. Die Gemeinschaft mag nicht immer attraktiv sein, aber sie wird zunehmend ernst genommen. Kritiker blieben besonders in Teilen der Labour-Partei und der Tory-Reformgruppe, der einige angesehene parlamentarische Hinterbänkler angehören. Sie behindern alle Parteiführungen und entmutigen so manche geistigen Höhenflüge in europapolitischen Debatten. Bemerkenswerterweise wandelte sich die Diskussion in der Labour-Partei in wachsendem Maße weg vom autarken Sozialismus hin zu einem europäischen Kurs, selbst wenn dieser nicht in eine orthodoxe EG-Doktrin eingebettet ist.

Dieser Entwicklung lag jedoch eine Stimmung tiefsten Pessimismus in einigen Teilen der öffentlichen Meinung Großbritanniens über die wirtschaftlichen und industriellen Aussichten für das Vereinigte Königreich in einem europäischen Rahmen zugrunde<sup>1</sup>. Sogar die enthusiastischsten Befürworter der Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung stellten ihren Lobesreden stets ein Vorwort voran mit einem Vorbehalt bezüglich der großen Anstrengungen, die zur Verbesserung der Produktivität und Ertragskapazität der britischen Industrie noch notwendig seien. Skeptischere Beobachter neigten zu der Argumen-

tation, die tiefverwurzelten überkommenen Strukturen müßten geändert werden. So oder so war der scharfe europäische Konkurrenzgeist kein völlig befriedigendes Heilmittel, obwohl er als Katalysator der wirtschaftlichen Anpassung wohl helfen könnte.

Das andere Element des Meinungswandels in Großbritannien resultiert aus der Tagesordnung der EG. 1984 war das britische Haushaltsproblem der Gemeinschaft während der Sitzung des Europäischen Rats in Fontainebleau gelöst worden. 1985 war also das erste Jahr seit dem Beitritt, in dem die britische Regierung ohne dieses Handicap agieren konnte. 1985 fanden deshalb andere Themen die Aufmerksamkeit der britischen Regierung – vor allem der Binnenmarkt und die Technologie. Der vergleichsweise große Einsatz dafür stammt teilweise aus der Übereinstimmung der Gemeinschaftsziele mit der konservativen Wirtschaftslehre, was aber außerhalb der Regierung keinen völligen Widerhall fand.

Britische Unterstützung fanden auch die Bemühungen, die Europäische Politische Zusammenarbeit einschließlich einer sicherheitspolitischen Kooperation zu stärken. Parteiunabhängig waren die Briten schon seit einigen Jahren starke Befürworter der EPZ gewesen, und die Vorstellung einer von der EPZ getrennten Entwicklung britischer Außenpolitik wurde weitgehend als unrealistisch eingeschätzt. Zusätzlich beteiligten sich britische Minister nun engagiert an jenen Aktivitäten, die die Effektivität der verschiedenen Foren für die europäische Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich steigern sollten. Dies war ein europäischer Zug, den die britische Regierung nicht verpassen wollte. Aber es war auch ein Zug, der den Bahnhof ohne einen britischen Waggon nicht überzeugend verlassen konnte<sup>2</sup>.

Selbstverständlich gab es Gemeinschaftsbereiche – und wird es immer geben –, die den Briten Schwierigkeiten bereiteten. Frau Thatcher begrüßte den Mailänder Fanfarenstoß für eine Regierungskonferenz zur EG-Reform mit gequälter Skepsis. Während des ganzen Jahres vertraten sie und ihre Minister weiterhin den Standpunkt, daß die Zeit für einen Beitritt Großbritanniens zum Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems noch immer nicht reif sei. Die britische Regierung fuhr fort, die „unangebrachten“ Versuche der Kommission zu beklagen, „soziale Maßnahmen“ besonders in der Arbeitsgesetzgebung anzuwenden oder andere Formen „ungerechtfertigter“ Regelungen im Industriebereich einzuführen. Wiederholt widersetzten sich britische Beamte und Minister schärferen Umweltschutzkontrollen. Aber bei keiner dieser Angelegenheiten stellten britische Forderungen so etwas wie einen *casus belli* für die Briten oder ihre Partner dar<sup>3</sup>.

#### *Reform der Entscheidungsverfahren*

Die britische Regierung begegnete den Reformplänen mit gemischten Gefühlen. Einerseits verspürte Frau Thatcher Ungeduld über die Schwierigkeiten, die sich dem Fortschritt in Bereichen entgegenstellten, in denen sie sich um

durchgreifendere Gemeinschaftspolitiken bemühte. Bereits 1984 anlässlich des Europäischen Rates in Dublin hatte sie vorgeschlagen, daß der Ministerrat Entscheidungen bezüglich des Binnenmarktes tatsächlich mit Mehrheit treffen sollte, ungeachtet der Festlegung auf Einstimmigkeit in Vorschriften wie etwa dem Artikel 100. Sie meinte, daß ‚besseres Betragen‘ und mehr Selbstdisziplin der Regierungen angestrebt werden sollten, um einzelne von ihnen am Bremsen des Fortschritts zu hindern. Der offensichtliche Widerstand ihrer Partner gegen diese Anregung führte sie zu der Erkenntnis, daß diese sich nicht wirklich für eine Reform einsetzten. Andererseits begrüßten Frau Thatcher ebenso wie ihre Ministerkollegen weder den Vertragsentwurf für eine Europäische Union des Europäischen Parlaments<sup>4</sup> noch die von anderen Seiten eingebrachten, bescheideneren Vorschläge zur Änderung der bestehenden Verträge. Das einzige Element der geplanten Reform, das in London Anklang fand, war der Appell zur Verstärkung der EPZ.

Anfang 1985 arbeitete Malcolm Rifkind, Staatsminister im Außenministerium, im Dooge-Ausschuß fleißig daran, sowohl seine Kollegen von Frau Thatchers echter Unterstützung für mehr Effektivität zu überzeugen als auch ehrgeizigere Reformer zu zügeln<sup>5</sup>. Die interne Dynamik des Dooge-Ausschusses führte letztlich zu einem Bericht<sup>6</sup>, der die Vorstellungen der Briten überstieg, so daß Rifkind gezwungen war, einige Vorbehalte zu machen, vor allem zu den Befugnissen des Europäischen Parlaments. Deshalb wurde Großbritannien zusammen mit Dänemark und Griechenland als ein widerstrebendes ‚Fußnotenland‘ bezeichnet, ungeachtet der Tatsache, daß Rifkind gegen viele der anderen Punkte keine Bedenken erhob hatte.

Bei der Vorbereitung des Europäischen Rates in Mailand konzentrierte sich die britische Regierung auf den außenpolitischen Aspekt des Pakets, im Glauben, daß dies der neuer Kodifizierung am ehesten zugängliche Teil sei, und in der Überzeugung, daß Meinungsunterschiede zwischen den anderen Mitgliedstaaten die Rufe nach weiteren Vertragsänderungen verstummen lassen würden. Beim vorbereitenden Treffen der Außenminister in Stresa legte Sir Geoffrey Howe einen Vertragsentwurf zur EPZ vor, der breite Zustimmung zu finden schien<sup>7</sup>. Die folgenden Ereignisse verärgerten die Briten dann schwer, sowohl der in letzter Minute eingebrachte deutsch-französische Text zur EPZ<sup>8</sup> (der nur ganz geringfügig von der Howe-Version abwich) sowie Craxis Manövrieren, eine Abstimmung über die Einberufung der Regierungskonferenz zu ermöglichen. Nach ruhigerer Überlegung nahm die britische Regierung im Herbst an der Regierungskonferenz mit ziemlicher Aufgeschlossenheit teil. Sie war zwar nicht von der Produktivität der Konferenz überzeugt, sorgte sich aber um die Überzeugungskraft der britischen Argumente und war bemüht, eine Isolierung gerade an den Punkten zu vermeiden, wo die britische Ansicht zu wesentlichen Politiken positiver geworden war. Erstens verspürten konservative Minister, besonders die Premierministerin, einen instinktiven Widerstand gegen Änderungen der formellen verfassungsmäßigen Bestimmungen der EG.

Zweitens fürchteten sie, daß das Thema gefühlsbetonte und feindselige Reaktionen im Parlament und in der breiteren Öffentlichkeit wecken könnte.

Während der Regierungskonferenz zogen die Briten es vor, über den bereits vorgelegten EPZ-Text hinaus keine weiteren neuen formellen Vorschläge einzubringen. Interessanterweise wurden dann aber britische Unterhändler im Laufe der Verhandlungen deutlich flexibler. Der EPZ-Text nahm schnell eine dem Howe-Entwurf eng folgende Form an. Die sich entwickelnde Übereinstimmung über die Änderungen zum Römischen Vertrag erwies sich als ausreichend nahe an dem, was die Briten entweder wünschten (im Binnenmarkt) oder womit sie leben konnten (neue Politikbereiche, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt). Die Bestimmungen zum EP entsprachen nicht ganz den britischen Wünschen, aber andere Zweifler verhinderten noch weiterreichende Veränderungen. Eigenartigerweise erwies sich beim Europäischen Rat in Luxemburg die Erleichterung der Grenzkontrollen als schwieriges Problem, wobei Frau Thatcher etwa sieben Stunden lang harten Verhandlungen standhielt, um die Aufrechterhaltung nationaler Kontrollen für heikle Fälle – Terrorismus, Drogen und Tollwut – weiterhin zu gewährleisten, was auch der irischen Besorgnis über Tierhygiene, Pflanzenschutz und öffentliche Ordnung entgegenkam. Das Problem wurde schließlich durch eine sorgfältig formulierte Ausnahmeregelung mit Bezug auf Artikel 36 gelöst<sup>9</sup>.

Letzten Endes war die konservative Regierung mit dem Paket ziemlich zufrieden und gestand sogar im nachhinein, daß Vertragsreformen keine grundsätzlichen Probleme aufwürfen. Im Unterhaus erhob sich nicht der erwartete Proteststurm, obwohl ablehnende Stimmen von Tory-Hinterbänklern sowie Skepsis der Labour-Partei hinsichtlich dessen, was das gesamte Paket tatsächlich erreichen könnte, laut wurden. Wichtig ist dabei, daß im Gegensatz zur Situation in einigen anderen Mitgliedstaaten, die Regierungskonferenz in Großbritannien niemals wirklich ins innenpolitische Bewußtsein drang, abgesehen von den eng beteiligten politischen Akteuren. Die Berichterstattung in den Medien war spärlich, und über das Für und Wider der verschiedenen Vorschläge gab es keine größeren Diskussionen.

### *Binnenmarkt*

Im scharfen Gegensatz dazu wurde die Thematisierung des Binnenmarktes von der Regierung und auch von Firmen und Finanzwelt eifrig begrüßt. Die Regierung stellte klar, daß dies für die Briten die Angelegenheit höchster Priorität im EG-Programm sei. Am 7. Mai einigte sich der Binnenmarkt-Rat auf einen neuen Ansatz zur Verringerung der Handelsschranken aus Gesundheits- und Sicherheitsgründen. Dies entsprach den aus dem britischen Verkehrs- und Industrieministerium stammenden und von der Industrie unterstützten Anregungen.

Die britische Regierung unterstützte entschlossen das von Lord Cockfield vorbereitete Binnenmarkt-Programm und erreichte seine Bewilligung durch

den Mailänder Europäischen Rat<sup>10</sup>. Sorgfältige Gespräche zwischen der Luxemburger Präsidentschaft und der niederländischen wie der britischen Regierung während des Herbstes führten zur Annahme eines Arbeitsprogramms der vereinten Präsidentschaften sowie eines Zeitplans für die nachfolgenden Anstrengungen, die zur praktischen Verwirklichung dieser Ziele nötig sind. Der Rat stimmte dem am 12. Dezember zu. Der eine Teil des Cockfield-Pakets, der der britischen Regierung weiterhin Schwierigkeiten bereitete, war das Beharren der Kommission auf steuerlicher Harmonisierung als notwendiger Begleiterscheinung, angesichts der tiefen Abneigung des britischen Finanzministeriums gegen eine Anpassung der nationalen Besteuerung.

Aus britischer Sicht bedeutete dieses klare Engagement aller Mitgliedstaaten für den Binnenmarkt einen Wendepunkt. Es war der erste gemeinschaftliche Kernbereich, der seit der Regierungsübernahme der konservativen Regierung 1979 als Punkt höchster und anerkannter Priorität aufkam, bei dem britische Minister eine überraschende Leidenschaftlichkeit verspürten. Sie waren zufrieden mit dem Ausmaß, mit dem sie die Richtung des Gemeinschaftsdenkens beeinflussen konnten.

#### *Wettbewerbsfähigkeit in der Hochtechnologie*

1985 gab es mehrere Entwicklungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Industrie in der Hochtechnologie<sup>11</sup>. Erste Erfahrungen mit den Forschungs- und Entwicklungsprogrammen der Gemeinschaft wurden ausgewertet. Britische Reaktionen zur ersten Phase von ESPRIT waren positiv, sowohl von Seiten der Regierung als auch von Seiten der beteiligten Firmen. ESPRIT war ein neuartiges Unterfangen, das einigen die Augen über die Vorzüge von Zusammenarbeit öffnete. Diese Reaktion nahm die Briten für die nachfolgende RACE-Initiativen ein.

Die Diskussion über die Strategische Verteidigungsinitiative lenkte die britische Aufmerksamkeit auch auf die problematischen Themen der zivilen und militärischen Technologie und der politischen und industriellen Beziehungen zu den USA. Obwohl Frau Thatcher in Sachen SDI Präsident Reagan ihrer Unterstützung versicherte und beide ein Memorandum of Understanding unterzeichneten, so fand dies weder innerhalb noch außerhalb der britischen Regierung uneingeschränkte Zustimmung. Neben der Debatte über die Verteidigungsfrage spielte der technologische Aspekt eine wichtige Rolle, was durch die Besorgnis über das fortschreitende Eindringen japanischer Exporte verstärkt wurde.

So fand das Eureka-Programm in Großbritannien offene Ohren. Dies war ein klarer Gegensatz zu der höflichen, aber gedämpften Reaktion der Briten auf das französische Memorandum vom September 1983 zu einem 'espace industriel européen'. Die mit der Eureka-Initiative befaßten britischen Akteure waren einigermaßen stolz auf die Schnelligkeit ihrer Antwort auf den französischen Vorschlag und auf das Ausmaß, in dem sie aktiv an der Gestaltung und



Weiterentwicklung der Entwürfe beteiligt waren. Ebenso bedeutungsvoll war die positive Reaktion von Seiten der Industrie.

Die britische Haltung zu Eureka wurde manchmal mißverstanden, nicht zuletzt deshalb, weil die Regierung deutlich machte, daß sie die Zuweisung neuer Mittel für Eureka-Projekte nicht beabsichtigte, solche Projekte aber aus bereits bereitgestellten Mitteln unterstützt werden könnten. Angesichts der marktwirtschaftlichen Überzeugung der britischen Regierung war die Abneigung gegen die Erhöhung öffentlicher Finanzierung folgerichtig. Ebenso wichtig war die Ausrichtung von Eureka auf die Marktkonformität der Technologie. Für die Briten war es ein entscheidender Punkt, daß Eureka-Investitionen von privaten Finanziers mobilisiert werden sollten. Die britische Regierung erkannte zwar die wichtige EG-Dimension an, wehrte sich jedoch gegen jegliche Gemeinschaftsmaßnahme, die die zur Marktanpassung nötige Flexibilität einschränken könnte. Die Regierung unternahm ungewöhnlich große Anstrengungen bei dem Versuch, der britischen Industrie das Eureka-Programm zu erläutern.

### *Andere Problembereiche*

In den anderen großen Bereichen der Gemeinschaftsangelegenheiten folgte die britische Politik recht vorhersehbaren Richtungen. Im Fall der Landwirtschaft hielt die Regierung ihre Appelle für Klugheit und striktere Kontrolle bei den Ausgaben der GAP aufrecht, brachte jedoch keine innovatorischen Vorschläge ein. Die heimische landwirtschaftliche Lobby – klein, aber lautstark – legte zu feste Zügel an. Britischen Ministern fehlte das Durchsetzungsvermögen gegen den deutschen Landwirtschaftsminister, der auf dem Luxemburger Kompromiß bestand, um die vorgeschlagenen Änderungen bei den Getreidepreisen zu begrenzen. Damit bleibt die Möglichkeit des Vetorechts bis auf weiteres für jeden Mitgliedstaat bestehen<sup>13</sup>.

Zwei landwirtschaftliche Themen verdienen besondere Erwähnung: Der Europäische Gerichtshof stellte in einem Urteil über die britischen Regelungen über Tierhygiene für französische Exporteure von Truthähnen auf den britischen Markt sehr zum Unbehagen der Briten fest, daß selbst britische Minister für den den Geschädigten aufgrund einer Verletzung des Gemeinschaftsrechts zugefügten Schaden haftbar gemacht werden können. Zweitens führte der britische Staatssekretär für Landwirtschaft eine harte, wenngleich erfolglose Kampagne gegen das von der Kommission vorgeschlagene Verbot der Verwendung von Hormonen und anderen Substanzen im Tierfutter. Dieser Vorfall illustrierte die Übermacht der landwirtschaftlichen und pharmazeutischen Interessengruppen gegenüber Verbraucher- und Gesundheitsverbänden.

Wie vorauszusehen war, vertrat die britische Regierung eine vorsichtige Meinung zum Haushalt von 1986. Die Minister widersetzten sich der Annahme, der Haushaltsentwurf sehe unzureichende Mittel für Spanien und Portugal vor, und versuchten Bemühungen zu verhindern, beträchtliche Zuweisungen für den aus der Vergangenheit angestauten Überhang an Verpflichtungen im Regional-

und im Sozialfonds bereitzustellen. So bedauerte die britische Regierung die Entscheidung des EP, einen Haushalt anzunehmen, der die Übereinkunft des letzten Ministerrates noch überstieg, und erhob dagegen gemeinsam mit anderen Staaten Klage vor dem EuGH<sup>14</sup>.

Was das EWS betrifft, so gab es in einem Großteil der Finanzwelt und Wirtschaft einen Wandel zugunsten eines Beitritts zum Wechselkursmechanismus. Doch dies alles, selbst wenn es aus so einflußreichen Richtungen wie der Bank von England kam, schien Frau Thatchers entschlossene Behauptung, die Zeit sei noch nicht reif, nicht zu erschüttern. Die Möglichkeit voller britischer Beteiligung gewann jedoch mehr Ansehen, und innerhalb des Vereinigten Königreichs besteht ein wachsendes Interesse an einer erweiterten Verwendung der Ecu<sup>15</sup>.

### *Schlußfolgerungen*

Die britische EG-Politik hat sich im Laufe des Jahres beträchtlich entwickelt. Innerhalb der Regierung hat sich eine Anerkennung der Bedeutung von Großbritannien als Kernmitgliedstaat der EG herauskristallisiert. Die Briten wünschten die Aufrechterhaltung einiger differenzierter Vereinbarungen in der Gemeinschaftsgesetzgebung. Aber sie waren entschlossen, in der Regierungskonferenz ebenso wie anderswo jegliche Verbannung auf einen Status zweiter Klasse zu vermeiden. Allerdings gab es auf die Regierung weder von der öffentlichen Meinung (abgesehen von einigen Interessengruppen) noch von den Oppositionsparteien harten Druck hinsichtlich langsamerer oder schnellerer Fortschritte in der Gemeinschaftskooperation. Die europapolitischen Regierungsaktivitäten wurden nicht intensiv verfolgt. Parteitage widmeten EG-Angelegenheiten nur geringe Aufmerksamkeit. Die Medienberichterstattung zur EG, von der *Financial Times* abgesehen, war dürftig. Meinungsumfragen registrierten keinen großen Wandel in der britischen Haltung zur EG im besonderen, und es kann durchaus angenommen werden, daß die öffentliche Meinung hauptsächlich durch desinteressierte Zustimmung gekennzeichnet war. Die Vorstellung, die Labour Partei würde sich gegen die britische Mitgliedschaft einsetzen, wurde zunehmend unglaubwürdig, obwohl Neil Kinnock dies aus interner Parteiräson nicht ausdrücklich feststellen wollte.

Im Rückblick läßt sich erkennen, daß eine kritische Schwelle überschritten wurde, insofern als die britische Haltung jetzt viel weniger Ansprüche auf eine ehrgeizige, unabhängige Rolle ausdrückte und die Verletzlichkeit einer offenen und anfälligen Volkswirtschaft anerkannte. Folglich gewann der europäische Rahmen nun notgedrungen in wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Hinsicht an Bedeutung. Und wenn dies noch einer symbolischen Verbindung zum europäischen Kontinent bedurfte, so sorgte das britisch-französische Abkommen vom November 1985 über den Bau einer festen Kanalverbindung für einen Hinweis auf Frau Thatchers Engagement.



Anmerkungen

- 1 Vgl. zur Wirtschaftslage in Großbritannien auch Henri Krägenau, *Wirtschaftspolitik*, in diesem Band.
- 2 Ein Beispiel für die konstruktive Europapolitik der britischen Regierung ist: Malcolm Rifkind, *Für ein stärker geeintes Europa – ein praktisches Programm*, in: *Integration*, Bonn 1985, Nr. 2, S. 49–54.
- 3 Vgl. *Developments in the European Community, January–June 1985 u. July–December 1985*, London: Her Majesty's Stationery Office, Cmnd 9627/1985 u. Cmnd 9761/1986; House of Lords, European Union, Select Committee on the European Communities, HL 226, London: Her Majesty's Stationery Office 1985.
- 4 Abgedruckt als Dokument Nr. 1 im Jahrbuch der Europäischen Integration 1984, S. 404–425.
- 5 Malcolm Rifkind, a.a.O. (Anm. 2).
- 6 Der Schlußbericht des Dooge-Ausschusses ist abgedruckt als Dokument Nr. 1 in diesem Band.
- 7 Abgedruckt in *Europa-Archiv*, Bonn 1985, Folge 16, S. D 441–444.
- 8 Ebenda, S. D 449–451.
- 9 Die Einheitliche Europäische Akte von Luxemburg ist abgedruckt als Dokument Nr. 7 in diesem Band.
- 10 Vgl. Weißbuch der EG-Kommission zur Vollendung des Binnenmarktes bis 1992, Brüssel/Luxemburg 1985.
- 11 Siehe ergänzend dazu Klaus-W. Grewlich, *Forschungs- und Technologiepolitik*, in diesem Band.
- 12 Siehe ergänzend dazu Klaus-Peter Klaiber, *Westeuropas Sicherheitspolitik*, in diesem Band.
- 13 Siehe ergänzend dazu Winfried von Urff, *Agarar- und Fischereipolitik*, in diesem Band.
- 14 Vgl. House of Commons, Treasury and Civil Services Committee, Session 1984/85, *The Financial and Economic Consequences of UK Membership of the European Communities, 57-II*, London: Her Majesty's Stationery Office 1985; siehe ergänzend Thomas Läufer, *Haushaltspolitik*, in diesem Band.
- 15 Siehe ergänzend Peter-W. Schlüter, *Währungspolitik*, in diesem Band.

Weiterführende Literatur

- Butler, David u. Paul Jowett, *Party strategies in Britain. A study of the 1984 European elections*, Hampshire: Macmillan Press 1985.
- Developments in the European Community, January–June 1985, July–December 1985*, London: Her Majesty's Stationery Office, Cmnd 9627/1985 und Cmnd 9761/1986.
- House of Lords, European Union, Select Committee on the European Communities, HL 226, London: Her Majesty's Stationery Office 1985.
- Howe, Geoffrey, *Die britische Europa- und Deutschlandpolitik*, Rede vor der Berliner Pressekonferenz in West-Berlin am 10.12.1984, in: *Europa-Archiv*, Bonn 1985, Folge 2, S. D34–D40.
- Wallace, Helen, *Europe: The Challenge of Diversity*, London: Routledge & Kegan Paul 1985.